

Antrag

der AfD-Fraktion

Alle freiwilligen Landesaufnahmeprogramme des Landes Brandenburg für Ausländer unverzüglich beenden und auch auf Bundesebene für die Beendigung der Ansiedlungsprogramme (Resettlement-Programme) einsetzen

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert

1. sämtliche freiwilligen Aufnahmen von Ausländern, wie z. B. im Rahmen von Landesaufnahmeprogrammen für Jordanien und Syrien, unverzüglich zu beenden, diesbezügliche Programme mit sofortiger Wirkung einzustellen und auch zukünftig keine derartigen Aufnahmeprogramme mehr aufzulegen.
2. sich auf allen Ebenen und mit sämtlichen zur Verfügung stehenden Mitteln dafür einzusetzen, dass alle freiwilligen Aufnahme- und auch Resettlement-Programme des Bundes, wie u. a. das Ortskräfteprogramm Afghanistan, unverzüglich beendet und auch zukünftig keine derartigen Programme mehr aufgelegt werden.

Begründung:

Im Land Brandenburg bestehen derzeit drei Landesaufnahmeprogramme gemäß § 23 Abs. 1 Aufenthaltsgesetz (AufenthG), das Landesaufnahmeprogramm Nordirak¹, das Landesaufnahmeprogramm Syrien (noch bis Ende 2023) und das Landesaufnahmeprogramm Jordanien (bis Ende 2024).²

Insbesondere Deutschland war und ist von der Migrationskrise und der illegalen Massmigration seit dem Jahr 2015 besonders betroffen.³ Dies wird u. a. anschaulich dargestellt hinsichtlich der Zahlen für das Jahr 2016, als Deutschland sogar mehr Asylantragsteller aufnahm als die ganze restliche Europäische Union zusammen.⁴

¹ Vgl. PM Staatskanzlei v. 18.10.2019 zu „Landesaufnahmeprogramm für Yezidinnen und Yeziden wird umgesetzt“, <https://www.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.648080.de>, abgerufen am 01.12.2023.

² Vgl. Antwort der Landesregierung auf die Mündliche Anfrage Nr. 1956, https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELVIS/parladoku/w7/drs/ab_8700/8754-1956.pdf, abgerufen am 01.12.2023, zur Fragestunde am 23.11.2023, Drucksache Antwort noch nicht veröffentlicht.

³ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung v. 15.12.2015 zu „Deutschland: Verwaltungs- und Infrastrukturkrise“, <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/kurz dossiers/217376/deutschland-verwaltungs-und-infrastrukturkrise/>, abgerufen am 01.12.2023.

⁴ Vgl. „Asylanträge 2016“, https://www.europarl.europa.eu/infographic/asylum-migration/index_de.html#filter=2016, abgerufen am 01.12.2023.

Eingegangen: 05.12.2023 / Ausgegeben: 05.12.2023

Doch auch in den Jahren danach war Deutschland noch mit erheblichem Abstand der Hauptbetroffene der Massenmigration.⁵ In den letzten Monaten stiegen die Zahlen illegaler Migranten erneut stark an. Bislang seien im Land Brandenburg und allein bis Ende Oktober bereits knapp 10 000 Personen von den Landkreisen und kreisfreien Städten aufgenommen bzw. auf diese verteilt worden.⁶ Bundesweit sind laut Statista⁷ bis Ende Oktober 2023 bereits knapp 290 000 Asylanträge gestellt worden.

Aus der gesamten Bundesrepublik Deutschland gibt es mittlerweile Meldungen über massive Überforderungen in den Kommunen; ein besonders drastischer Fall ist aus Upahl in Mecklenburg-Vorpommern bekannt geworden, wo ähnlich viele Migranten in Containerdörfern angesiedelt werden sollten, wie das Dorf Einwohner hat.⁸ In Bayern schlug sogar ein Landrat von den Grünen Alarm.⁹ Bereits in der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz (ASGIV) am 30. November 2022 wurde von der Landesregierung eingestanden, dass die ukrainischen Kriegsflüchtlinge nur noch einen geringen Anteil der Ankommenden ausmachten und die meisten somit bereits lange wieder aus außereuropäischen Drittstaaten stammten. Zuletzt bewegte sich der Anteil der Ukrainer an der Migration nach Brandenburg nach Auskunft der Landesregierung im einstelligen Prozentbereich. Dass die starke Migration die Sozialstrukturen enorm belastet, gestand sogar Ministerin Nonnemacher in der Sitzung des ASGIV am 5. Oktober 2023 als auch der Innenminister Stübgen in den Sitzungen des AIK ein. Es steht somit außer Frage, dass die Migration insgesamt dringend eingedämmt werden muss. Dies würde sich auch mit dem Willen der Deutschen decken, welche sich mit überwältigender Mehrheit eine klare Eindämmung der Migration wünschen.¹⁰

Angesichts dieses enormen Ansturms und der daraus resultierenden finanziellen, sozialen, sicherheitsrelevanten und kulturellen Belastungen und Verwerfungen können sich Bund und Länder freiwillige Aufnahmeprogramme keinesfalls mehr leisten. Richtigerweise hat daher der zuständige Innenminister Stübgen das Landesaufnahmeprogramm Syrien auch zum Ende des Jahres 2023 auslaufen lassen. Freiwillige Aufnahme- und Resettlement-Programme müssen auf allen politischen Ebenen unverzüglich beendet werden.

⁵ Vgl. „Europäische Union: Anzahl der erstmaligen Asylbewerber* in den Mitgliedstaaten¹² im Jahr 2021“, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/459422/umfrage/asylbewerber-in-den-laendern-der-eu/> (März 2022), abgerufen am 01.12.2023; „Deutschland im EU-Vergleich Spitzenreiter: Asylersanträge in EU enorm gestiegen“, <https://www.rnd.de/politik/asylantraege-in-deutschland-spitzenreiter-im-eu-vergleich-54-prozent-anstieg-in-der-gesamten-XPZH6YMYXCXJTSHNZAMXPGUVZA.html>, abgerufen am 01.12.2023.

⁶ Vgl. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz vom 08.11.2023.

⁷ Vgl. „Anzahl der Asylanträge (insgesamt) in Deutschland von 1995 bis 2023“, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/76095/umfrage/asylantraege-insgesamt-in-deutschland-seit-1995/> (November 2023), abgerufen am 01.12.2023.

⁸ Vgl. Zeit-Online v. 04.02.2023 zu „Ein Dorf in Angst“, <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2023-02/upahl-mecklenburg-fluechtlingsunterkunft-landrat-buergerdialog>, abgerufen am 01.12.2023.

⁹ Vgl. TE-Online v. 03.02.2023 zu „Grüner Landrat will weniger Geflüchtete: Das ‚Wir haben Platz‘ bröckelt“, <https://www.tichyseinblick.de/daily-es-entials/gruener-landrat-gefluechtete/>, abgerufen am 01.12.2023.

¹⁰ Vgl. Zeit-Online v. 29.09.2023 zu „Zwei Drittel der Deutschen wollen weniger Geflüchtete aufnehmen“, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2023-09/ard-deutschlandtrend-bundesregierung-tiefstand-zuwanderung-skepsis>, abgerufen am 01.12.2023.